

Junges Potenzial für die Alpen

Fazit Das alpenübergreifende Gemeindeforum «Allianz in den Alpen» tagte jüngst in Triesenberg/Malbun. Internationale Gäste lernen gute Beispiele aus Liechtenstein kennen.

«Die Herausforderungen unserer Zeit sind unbedingt zusammen mit Freunden und Nachbarn anzugehen.» Mit diesem Plädoyer begrüßte Regierungsrätin Dominique Hasler die rund 80 internationalen Tagungsteilnehmer/-innen in Malbun. Sie traf damit genau den Kern des Netzwerks, denn unter dem Motto «Austauschen, Anpacken, Umsetzen» arbeiten die derzeit rund 280 Gemeinden aus den sieben Alpenstaaten an einer aktiven und bürgernahen Umsetzung der Alpenkonvention. Die Gemeinden Mauren, Triesenberg und Schaan sind langjährige Mitglieder, während Ruggell im Rahmen

der Veranstaltung neu als vierte Liechtensteiner Mitgliedsgemeinde offiziell aufgenommen wurde. Mit dem Thema «Zukunftsaussichten» war die Zusammenkunft (20. und 21. September) geprägt von Vorträgen und guten Beispielen aus dem Bereich der aktiven Kinder- und Jugendbeteiligung. So hat Michael Schädler (Jugendbeteiligung Liechtenstein; Jubel) die Anwesenden ermutigt, die Digitalisierung als Chance zu betrachten und Kanäle wie WhatsApp oder YouTube zur zielgruppengerechten Information von jungen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu nutzen. Maria Kaiser-Eberle, Ruggells Vorsteherin, konnte im Rahmen einer Podiumsdiskussion die positiven Erfahrungen ihrer Gemeinde seit der Auszeichnung mit dem UNICEF-Label «Kinderfreundliche Gemeinde» teilen. Durch die Einbindung von Kindern und Jugendlichen in die Planungsprozesse von beispielsweise Spielplätzen oder einer Pump-Track-Anlage erhöht sich die Akzeptanz derartiger kommunaler Angebote. Viele eindrucksvolle Projektbeispiele aus Liechtenstein, aber auch aus Frankreich, Österreich, Italien, Slowenien und Deutschland haben verdeutlicht, wie sehr es sich lohnt, wenn Gemeinden Mut zeigen und ih-

ren Kindern und Jugendlichen einen Raum lassen, um sich auszuprobieren und ihr eigenes Umfeld mitzugestalten. Sie erhöhen damit den Kontakt zu ihren jungen Mitbewohnern und -bewohnerinnen - aber auch deren Eltern - und stärken die Identifikation mit der Heimatgemeinde. Dies hat eine besondere Bedeutung in den Abwanderungsregionen der italieni-



Podiumsdiskussion mit Ruggells Vorsteherin Maria Kaiser-Eberle und Michael Schädler (Jubel, Triesenberg). (Foto: ZVG)

schon und französischen Alpen. Das wichtigste Potenzial der Kinder- und Jugendbeteiligung liegt in der gemeinsamen Arbeit an Zukunftsthemen wie Klimaschutz mit der zukünftigen Generation. So finden jungen Menschen ein Gehör, fernab von Klimastreiks und «Fridays for Future». (eps)

Mehr dazu auf www.alpenallianz.org.

LESERMEINUNGEN/FORUMSBEITRÄGE

Landesspital

An die Befürworter des Neubaus

Sind wir bessere Liechtensteiner, wenn wir in Liechtenstein geboren werden? Oder ist eine Geburtenabteilung noch für etwas anderes als unsere Nostalgie gut? Wie viele Geburten müssen in einer Geburtenabteilung vollzogen werden, sodass sie nicht defizitär ist? Wollen alle in Liechtenstein lebenden Frauen wirklich in Liechtenstein gebären? Oder wird es mit der neuen Geburtenabteilung bald gar keine Wahlmöglichkeiten mehr geben, da die Kosten für «Auslandsgeburten» von unseren Krankenkassen nicht mehr getragen werden?

Wollen wir wirklich ein teures Landesspital an einer sehr verkehrsreichen Strasse, dass zwar erdbebensicher ist und schlecht genutztes Areal besser ausnutzt, aber in direkter Flussnähe, Verkehrsknotenpunkt und Autobahnnahe liegt?

Wird ein Neubau nicht noch mehr Kosten generieren, da die Operationsäle und die Gerätschaften sowie das Personal «rentieren» sollten?

Gibt es in Zukunft noch eine freie Spital- und Arztwahl im Ausland, oder muss ich in Liechtenstein behandelt werden?

Braucht unser Land wirklich ein neues Spital? Könnten wir nicht besser mit neuen Denkern ein neues Projekt ausarbeiten und der Bevölkerung dieses zur Abstimmung unterbreiten?

Vielleicht wären die dringenderen Fragen, die die Bevölkerung bewegt:

Brauchen wir neue Einrichtungen, die der Langzeitpflege und der Überalterung im Land Sorge tragen?

Bin ich nicht auch im nahen Ausland gut versorgt und als Liechtensteinerin gleichwertige Patientin wie die Landeszugehörigen?

Habe ich nicht heute schon die Möglichkeit, von guten Spezialisten behandelt zu werden?

Wie kann ich dazu beitragen, die Kosten zu senken?

Was fehlt mir, wenn ich kein Landesspital habe?

Ich hoffe, in der nahen Zukunft viele meiner Fragen in den öffentlichen Diskussionen beantwortet zu bekommen.

Pia Frick,
Langgasse 42, Triesen

Neue Regierungsrätin Globalismus ist Gegenpol zur Lehre Christi

Hat Böses, das durch gewisse Vertreter der Kirche begangen wurde bzw. wird («Hexenverbrennung», Kindsmisbrauch etc.), etwas mit der Lehre (!) Christi bzw. mit der Lehre (!) der katholischen Kirche zu tun? Nein! Es ist der Vater des Bösen

(Teufel), der (seit Jahrhunderten!) dafür sorgt, dass Grauenhaftes (u. a.) von gewissen Kirchenvertretern begangen wird, um den Ruf der Kirche bzw. des Christentums zu ruinieren. Letztlich handelt es sich um eine hinterhältige antichristliche bzw. antikatholische teuflische Manipulation: Leider erkennt die Masse diese gigantische jahrhundertelange Manipulation (via Geschichtsbücher, via Medien etc.) nicht.

Der Teufel ist der Nachäffer Gottes und der scheinheilige Verdreher des Christlichen. So verwenden Satanisten etwa das auf den Kopf gestellte Kreuz. Und dementsprechend wird jetzt schrittweise ein schein-heiliges, schein-gutes (=böses!) globalistisches Reich errichtet: Dies ist letztlich eine üble Verdrehung der von Gott geplanten echt-christlichen Weltordnung auf der Basis der Zehn Gebote (vgl. Joh. 10,16).

Georg Kieber vergleicht (guten Willens) in seinem Leserbrief vom 21. September die heutige Globalisierung mit der Ausbreitung des Christentums: Seiner Meinung nach ist das Christentum «das erfolgreichste und älteste globalisierte Unternehmen». Seinen Globalisierungs-Vergleich finde ich unpassend, denn: Dadurch wird einerseits die gefährliche, üble Wesensart der (heutigen) Globalisierung verharmlost und andererseits das Christentum beschmutzt. Kieber schreibt: «Sie [christliche Missionare] gingen hinaus in alle Welt (...) und waren in den Methoden für die globale Ausbreitung ihrer Lehre nicht immer zimperlich.» Was Kieber aber nicht erwähnt: Zwangsmissionierungen durch sogenannte «christliche» Eroberer (Cortés, Pizarro etc.) widersprechen der Lehre Jesu Christi bzw. der Lehre der katholischen Kirche und sind letztlich Teil einer historischen Verleumdungskampagne gegen das Christentum bzw. die Kirche!

Jesus nannte sich «die Wahrheit» (Joh. 14,6). Er wollte, dass die Wahrheit auf der ganzen Welt verbreitet werde, siehe Bibel: «Dann sagte er [Jesus] zu ihnen: Geht hinaus in die ganze Welt und verkündet das Evangelium der ganzen Schöpfung!» (Mk. 16,15-16) Diese Verbreitung der Wahrheit solle aber gewaltfrei (!) geschehen (vgl. Matth. 5,39 - 5,44).

Übrigens, Katrin Eggenberger hatte im Interview schwammig von «Werten» gesprochen. Meint sie Schwab'sche zwielichtig-globalistisch-humanistische oder aber christliche ...?

Urs Kindle,
Runkelsstrasse 17, Triesen

Informationsgesetz Einsichtsrecht erkämpfen

Dass sich staatliche Behörden nicht gerne in die Karten schauen lassen, ist nichts Neues. Seit 20 Jahren haben wir ein Informationsgesetz, dem das Öffentlichkeitsprinzip zugrunde liegt: Dokumente der staat-

lichen Verwaltung sind öffentlich zugänglich, es sei denn, dass überwiegende öffentliche oder private Interessen dem entgegenstehen. Was überwiegende öffentliche Interessen sind, steht nicht im freien Ermessen der Verwaltungsbehörden. Bei einer Verweigerung wäre zudem zu prüfen, ob mildere Massnahmen wie zum Beispiel die Anonymisierung oder die Abdeckung einzelner Passagen möglich sind. Leider ist das Öffentlichkeitsprinzip im Denken unserer Behörden noch nicht wirklich angekommen.

Der VCL hat im Juni dieses Jahres beim ABI (Amt für Bau und Infrastruktur) Antrag auf Einsicht in Dokumente aus dem Jahr 2012 zur Umfahrung des Zentrums von Schaanwald (Zuschg) gestellt. Konkret ging es um Unterlagen zu einem Workshop, nämlich um eine Studie und einen technischen Bericht sowie die Resultate. Das ABI verweigerte die Einsichtnahme in diese Unterlagen. Der VCL erhob bei der Regierung Beschwerde und bekam im wesentlichen Punkt recht; die Unterlagen wurden elektronisch zugestellt. Die Anforderung, dass ein berechtigtes Interesse geltend gemacht werden muss, widerspricht einer zeitgemässen Auslegung des Öffentlichkeitsprinzips. Nach der heute weit verbreiteten Auffassung ist die Einsichtnahme bedingungslos zu gewähren, wenn nicht ausnahmsweise eine besondere Geheimhaltungspflicht besteht.

Der VCL hält die Auslegung des Informationsgesetzes durch die Behörden grundsätzlich für problematisch. Das Gesetz verlangt rechtzeitige, offene und vollständige Information. Das gesetzliche Recht auf Einsichtnahme darf daher nicht damit ausgehebelt werden, dass dem überwiegende öffentliche Interessen entgegenstünden. Die Offenlegung von Informationen ist kein Entgegenkommen der Behörden, sondern ein berechtigter Anspruch der Bürgerinnen und Bürger. In Deutschland müssen zum Beispiel alle Gutachten des Bundestags voraussetzungslos veröffentlicht werden.

Der VCL hat in diesem Fall recht bekommen. Er wird auch in Zukunft für sein Recht auf Einsicht in relevante staatliche Unterlagen kämpfen. Das Informationsgesetz darf in der Praxis nicht ausgehöhlt werden.

Vorstand des Verkehrs-Club
Liechtenstein (VCL)

«HalbeHalbe» Rotkäppchen macht eine nicht repräsentative Umfrage

Killersätze sind Leerformeln, sie enthalten keine Argumente. Sie werden deshalb auch «Müllphrasen» genannt. Sie blockieren das Gespräch und schaffen Fronten. Killersätze werden oft und gerne angewandt, um sich gegen neue Ideen zu

stemmen. Die Klassiker lauten: «Das haben wir immer so gemacht!», «Das haben wir nie so gemacht!», «Das haben wir x-mal versucht, es geht bei uns nicht!», «Es bringt sowieso nichts!» und «Da könnte ja jeder kommen, oder jede!» oder «Wo kommst du denn her?».

«Blöd» ist, wenn die Idee aus der falschen Ecke kommt. Manchmal heisst man die Idee an und für sich gut, aber sie komme zu spät. Oder zu früh. Wahrsager nageln es an die Wand: «Das wird keine Mehrheit finden!» Aktuell werden die Abwehrstrategien angereichert durch Märchenstoff. Ein Politiker setzt die Geschichte in die Welt vom Wolf im Schafspelz, der durch die Hintertür kommt. Alarm! Rotkäppchen oder Rotkäppchen macht flink eine nicht repräsentative Umfrage. Der grösste Teil der Teilnehmer spielt mit, übernimmt das Gerücht, der Wolf sei quotig und pfui.

Wie in Märchen und Dramen kommt auch bei der aktuellen Initiative die Wende. Es wird bekannt, dass der Besuch kein Schaf ist und kein Wolf, dass er immer an der Vordertür steht, ehrlich und offen. Dass er für eine gute Sache eintritt. Eine repräsentative Abstimmung wird angesetzt. Die Mehrheit stimmt über einen Verfassungszusatz ab, einige aber über das Märchen vom Wolf im Schafspelz, der durch die Hintertüre kommt. Fakt ist: «Alle Landesangehörigen sind vor dem Gesetz gleich. Die öffentlichen Ämter sind ihnen unter Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen gleich zugänglich.» So lautet Art. 31, Absatz 1, der Liechtensteiner Landesverfassung. Die Initiative HalbeHalbe strebt an, dass die Verfassung mit dem Satz ergänzt wird: «Die ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in politischen Gremien wird gefördert.» Es gibt keine Hinterlist. Dafür stehe ich als Mitglied des Initiativkomitees gerade.

An den Autor des Märchens vom Wolf im Schafspelz und an alle Nacherzählerinnen und Nacherzähler stelle ich die Frage: Kannst du deinen Verdacht bitte begründen? Was ist deine konkrete Sorge um unser Land, wenn der Verfassungszusatz Wirklichkeit wird?

Walter Kranz, St. Luzistrasse 12,
Vaduz, Mitglied des Initiativkomitees «HalbeHalbe»

Arbeitsmarkt

LANV fordert bis zwei Prozent mehr Lohn

Die Wirtschaft Liechtensteins ist immer noch auf hohem Niveau unterwegs. Ein kurzer Abwärtstrend Ende 2018 konnte Anfang 2019 gestoppt werden und die allgemeine Lage ist trotz internationaler Unsicherheiten weiterhin gut. Damit widersetzt sich die regionale Wirtschaft dem schwächelnden internationalen Konjunkturumfeld. Die liechtensteinische Industrie konnte

neben den Umsätzen auch die Anzahl Beschäftigte steigern und auch bei den Investitionen legten die Sektoren Industrie und Dienstleistung zu. Die Bautätigkeiten werden zusätzlich von den tiefen Zinsen und Renditen auf den Finanzmärkten angekurbelt, wovon wiederum das liechtensteinische Gewerbe profitiert.

Viele Arbeitnehmende hingegen konnten vom Erfolg der vergangenen Jahre kaum profitieren. Die Konsumentenpreise stiegen seit Anfang 2017 um über 2 Prozent. An den letzten zwei Lohnrunden konnten wir aber nur in wenigen Branchen mehr als 1 Prozent Erhöhungen durchsetzen. Zwei Jahre in Folge mit Reallohnverlusten trotz boomender Wirtschaft haben viele Arbeitnehmenden getroffen, weshalb dringender Nachholbedarf besteht.

Von teuerungsbedingten Kaufkraftverlusten der vergangenen Jahre sind alle Arbeitnehmenden betroffen, weshalb generelle Lohnerhöhungen gefordert werden. In Tieflohnbranchen und Branchen mit hohem Frauenanteil wirken feste Sockelbeträge dem Öffnen der Lohnschere entgegen. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der vergangenen Jahre werden die branchenspezifischen Forderungen um 2 Prozent liegen.

Neben Reallohnsteigerungen wurde der Schwerpunkt in den vergangenen Jahren auf die Erhöhung des Ferienanspruchs für ältere Arbeitnehmende gelegt. In einigen Branchen wurde das Ziel, 25 Ferientage ab dem 50. Altersjahr, schon erreicht. Hingegen stagnieren viele Mindestlöhne seit Jahren, weshalb grosses Augenmerk auf deren Anhebung gerichtet wird. Da aber insbesondere in Branchen ohne Gesamtarbeitsvertrag von der Hotelleriebranche bis hin zum Treuhandsektor immer wieder massives Lohndumping betrieben wird, müssen die Arbeitsstellen, die für die Einhaltung berufs- und branchenüblicher Löhne zuständig sind, endlich in die Pflicht genommen werden. Unser erklärtes Ziel ist: kein Lohn unter 3500 Franken.

Liechtensteinischer ArbeitnehmerInnenverband (LANV)

In eigener Sache Hinweis zu Leserbriefen und Foren

Da auch unsere Rubrik «Leserbriefe» einer Planung bedarf, bitten wir unsere Leser, sich möglichst kurz zu halten und als Limite eine maximale Anzahl von 2500 Zeichen (inklusive Leerzeichen) zu respektieren. Die Redaktion behält es sich in jedem Fall vor, Zuschriften nicht zu publizieren und kann darüber keine Korrespondenz führen. Wir bitten darum, uns die Leserbriefe - inklusive der vollen Anschrift des Unterzeichners - bis spätestens 16 Uhr zukommen zu lassen. Für die Rubrik «Forum» gilt, die 3000-Zeichen-Marke nicht zu überschreiten.

redaktion@volksblatt.li